

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 26 (1934)
Heft: 11

Artikel: Die Schweiz und der Goldblock
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352717>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Herren hielten sich an das deutsche und italienische Beispiel und nahmen einige Tropfen Enzyklikal dazu, und das Gebräu war fertig. Die Herren stehen unter hartem Druck. Sie wissen, dass sie ohne Arbeiter-Gefolgschaft politisch bald abgewirtschaftet haben, aber sie kämpfen gegen den Marxismus, gegen das Gift des Klassenkampfes. Und führen einen grandiosen Klassenkampf auf, um die «Wirtschaft» auf Kosten der Arbeiter rentabel zu machen. Sie verstehen offenbar nicht, dass Sozialpolitik Nationalpolitik ist; sie sehen nur, dass die Sozialpolitik die Herrschaftsgelüste des Unternehmers einengt (vielfach auch zugunsten des Staates) und bemühen sich um die Wiederaufrichtung der Autorität.

«Autoritäre Sozialpolitik» — das ist die zwangsläufige Verwirklichung der faschistischen programmatischen Auffassung. «Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben». Und wir glaubten, der Aufstieg einer bisher unterdrückten Klasse sei der Fortschritt der Menschheit. So wird die autoritäre Sozialpolitik als Rückschritt erkannt. Deshalb hat sie auch wenig Aussicht auf Haltbarkeit. Nicht ob, nur wann und wie sich die Arbeiter gegen die neue Sozialpolitik erheben werden ist fraglich. Aber sie werden damit der Arbeiterklasse einen grossen Dienst erweisen.

Nichts ist eingetreten, was die Existenzunsicherheit der Arbeiter vermindert hätte, nichts, was die Notwendigkeit des Schutzes des Arbeiters überflüssig gemacht hätte, nichts, was den Anspruch des Arbeiters aufs Mitspracherecht widerlegt hätte. Der Kapitalismus lebt noch. Die «autoritäre» Sozialpolitik ist daher nur eine traurige, schmerzliche, in ihrer Dauer vorerst nicht bestimmbare Episode, die überwunden werden muss und wird. Dazu müssen alle mithelfen; lasset uns zu dem Zwecke nun die erschütternde Mahnung des Dichters im Gedächtnis behalten:

«...oh schaffet,

dass fürder der Gedanke uns nicht stören kann im Schlafen,
sie waren frei, doch wiederum jetzt und ewig sind sie Sklaven.»

Die Schweiz und der Goldblock.

Von M a x W e b e r.

Am 19./20. Oktober 1934 fand in Brüssel eine Konferenz der sogenannten Goldblockstaaten statt, um Mittel und Wege zu suchen, wie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern enger gestaltet werden könnten. Da die Schweiz an dieser Konferenz ebenfalls beteiligt war durch den Leiter ihrer auswärtigen Handelspolitik, Minister Stucki, so halten wir eine Darstellung der schweizerischen Interessen in bezug auf diese Goldblockpolitik für nützlich.

Der Goldblock besteht aus den Ländern, die in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise den an Gold gebundenen Kurs ihres Geldes aufrecht erhielten und die auch einen freien Goldverkehr zulassen. Es sind das nur noch sechs europäische Staaten: Frankreich, Italien, Belgien (samt Luxemburg, das in einer Zollunion mit Belgien steht), Holland, Polen und die Schweiz. Darunter sind nur zwei Länder, Holland und die Schweiz, die nicht nur in der jetzigen, sondern auch in der letzten Krise die Goldwährung nicht verlassen haben.

Das sind natürlich auch die Länder, die die relativ grössten Goldvorräte besitzen. Die Goldreserven der Notenbanken betrugen im Oktober 1934:

	Millionen Fr.
Frankreich	16,748
Belgien	1,898
Schweiz	1,856
Holland	1,828
Italien	1,682
Total	24,012

Das sind etwas mehr als der dritte Teil der Weltgoldvorräte.

Das Entstehen des Goldblocks geht zurück auf die Weltwirtschaftskonferenz in London vom September 1933. Als es sich dort herausstellte, dass das ursprüngliche Ziel der Konferenz, die Stabilisierung von Pfund und Dollar, nicht erreichbar sei, erliessen die der Goldwährung treu gebliebenen Länder am 3. Juli 1933 eine Erklärung, sie seien fest entschlossen, « das freie Funktionieren der Goldwährung » in ihren Ländern zu der derzeitigen Goldparität und im Rahmen der bestehenden Münzgesetze beizubehalten ». Kurz hernach, am 8. Juli, hielten die Vertreter der Notenbanken der betreffenden Länder in Paris eine Konferenz ab, die, wie die Pressemitteilung besagte, eine volle Verständigung brachte « über die Mittel, mit denen man den Regierungserklärungen über die vollständige Aufrechterhaltung des Goldstandards auf den bisherigen Paritäten praktische Wirksamkeit sichern dürfte. Die Notenbanken der betreffenden Länder werden umgehend die technischen Vereinbarungen zur Ausführung bringen, deren Modalitäten im Laufe der Konferenz ausgearbeitet worden sind ».

Seither ist mehr als ein Jahr verflossen. Die Goldwährungen dieser Länder haben bisher Stand gehalten, auch dem heftigen Spekulationsansturm vom Frühjahr 1934. Die internationale Wirtschaftskrise dauert jedoch an, und sie hat sich in den Ländern des Goldblocks in vermehrtem Masse bemerkbar gemacht, besonders da die Regierungen dieser Staaten und auch die massgebenden Handels- und Industriekreise die Auffassung haben, die Goldwährung könne nur aufrechterhalten werden, wenn die Preise und Löhne an das Kostenniveau der übrigen Länder angepasst werden.

Die Brüsseler Konferenz ist auf Initiative Belgiens einberufen worden. Belgien leidet von den Ländern des Goldblocks neben Italien wohl am schwersten unter der Krise. Die belgische Regierung hofft, mit einer wirtschaftlichen Annäherung an die übrigen Goldwährungsländer etwas aus der ärgsten Krise herauszukommen. Man vernimmt sogar, es sei von belgischer Seite erklärt worden, Belgien müsste vom Goldstandard abgehen, wenn es nicht mit Hilfe dieser Konferenz eine Exportvermehrung erzielen könne.

Die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz sind zusammengefasst in einem Protokoll. Es bestätigt zunächst den Willen der unterzeichneten Staaten, die gegenwärtige Goldparität aufrecht zu erhalten. Sodann wird als Ziel der gemeinsamen Währungspolitik die Förderung des internationalen Güteraustausches bezeichnet. Zu diesem Zweck wird eine Generalkommission, bestehend aus den Konferenzdelegierten eingesetzt. Zur Förderung des Warenverkehrs wird vorgesehen:

a) die Möglichkeiten zu prüfen, die gegenwärtig für eine Erweiterung des Güteraustausches zwischen ihren Ländern vorliegen. Sie erachten es als wünschenswert, dass der Güteraustausch gegenüber dem Umfang vom 1. Juli 1933 bis 30. Juni 1934 um 10 Prozent wachse;

b) zu diesem Zwecke unverzüglich in zweiseitige Unterhandlungen einzutreten, die in einer Frist von höchstens einem Jahr zu Ende geführt sein sollen;

c) den Entwurf zu einer internationalen Vereinbarung über die Handelswerbung einem aus den Vertretern der unterzeichnenden Regierungen bestehenden Ausschuss zu unterbreiten, der die Aufgabe hätte, den endgültigen Wortlaut der Konvention festzusetzen, und zwar so beschleunigt, dass die Konvention bald unterzeichnet werden kann.

Ausserdem werden Unterausschüsse für die Probleme der Touristik und des Verkehrs eingesetzt. Die Unterausschüsse sollen unverzüglich an die Arbeit gehen und der Generalkommission, die in drei Monaten wieder in Brüssel zusammentreten wird, Bericht unterbreiten.

Es geschieht nicht aus Kritiklust oder Negationssucht, sondern aus dem Bestreben heraus, die Tatsachen zu sehen, wenn wir feststellen, dass die Konferenz von Brüssel selbst noch kein positives Ergebnis gezeitigt hat. Der Wunsch, den internationalen Güteraustausch um 10 Prozent zu erhöhen, ist sehr lobenswert, bringt aber selbst noch keinerlei Besserung. Sondern die Hauptaufgabe kommt erst noch. Sie wird darin bestehen, die im Protokoll gemachten Versprechungen in Form von konkreten Handelverträgen von Staat zu Staat in die Tat umzusetzen.

Glücklicherweise hat man sich in Brüssel frei gehalten von der Sucht, hochtönende Beschlüsse zu fassen und Konventionen zu entwerfen, die nachher bloss Papier bleiben. Man hat vor allem auch eingesehen, dass die Zeit nicht reif ist für mehrseitige (plurilaterale) Handelabkommen.

Noch vor wenigen Jahren wurden Vorstösse gemacht für solche Konventionen, die auf den Beitritt mehrerer Staaten abstellten. Es sei erinnert an die Uebereinkunft von Oslo vom Jahre 1930, die von den skandinavischen Ländern vorgeschlagen wurde, sodann an die Konvention von Ouchy von 1932, die nur zwischen Holland und Belgien/Luxemburg geschlossen wurde, die aber an die andern Staaten den Appell zum Beitritt richtete. Der Erfolg war null, wie denn auch die unter der Führung der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes geschlossenen Uebereinkommen, trotzdem sie sich bescheiden auf realisierbare Einzelfragen beschränkten (wie das Verbot der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen), nie in Kraft getreten sind. Heute, wo die Barrikaden für den internationalen Wirtschaftsverkehr noch unheimlich viel grösser sind als damals, wäre jeder Vorstoss nach dieser Richtung zum Scheitern verurteilt.

Trotzdem hat man da und dort an die Brüsseler Verhandlungen Hoffnungen geknüpft, die sich als Illusionen erweisen werden. Man träumt davon, der Goldblock könnte zu einem Wirtschaftsblock werden, der für sich ein teilweise autarkes (das heisst, sich selbst versorgendes) Wirtschaftsgebiet bilden werde. Die holländischen und französischen Kolonien hätten die Rohstoffe zu liefern, Polen die Agrarprodukte, die andern Länder die Fabrikate. Als Muster dient offenbar der grossbritannische Wirtschaftsblock, der in Ottawa zwischen den englischen Kolonien und dem Mutterland geschlossen wurde. Doch abgesehen davon, dass selbst Ottawa keinen kompakten Wirtschaftsblock, sondern nur eine bescheidene wirtschaftliche Annäherung gebracht hat, lässt sich der Goldblock gar nicht damit vergleichen. Allerdings bilden die Goldblockländer zusammen ein Wirtschaftsgebiet von grosser Bedeutung. Die westeuropäischen Goldwährungsländer allein, ohne Polen, haben, die Kolonien nicht mitgerechnet, rund 100 Millionen Bewohner. Die wirtschaftlichen Reichtümer und Kräfte sind zweifellos sehr gross. Allein die mehr zufällige Tatsache, dass diese Länder an der Goldwährung festhalten, vermag doch keinen Wirtschaftsblock zusammenzukitten, wozu nicht nur eine lange wirtschaftspolitische Annäherung und Anpassung gehört, sondern auch ein bestimmtes geistiges und kulturelles Verbundensein.

Nun bestehen freilich zwischen einigen dieser Goldwährungsländern schon recht intensive Handelsbeziehungen. Von der gesamten Ein- und Ausfuhr entfallen auf den Handel mit den andern Goldblockstaaten in Prozent der gesamten Ein- und Ausfuhr im Jahre 1933:

	Einfuhr	Ausfuhr
Belgien-Luxemburg	32	38
Frankreich	20	37
Schweiz	31	34
Holland	17	28
Italien	15	21

Mit Polen sind die Handelsbeziehungen viel loser. Eine zehnprozentige Erweiterung des Handels unter diesen Ländern würde den Gesamtaussenhandel somit um zwei bis drei Prozent erhöhen, was heute natürlich mit grösster Genugtuung angenommen würde.

*

Was hat die Schweiz von einem Goldblock zu erwarten? Betrachten wir zunächst den schweizerischen Aussenhandel mit den Ländern des Goldblocks. Ein- und Ausfuhr der Schweiz mit den folgenden Ländern betrugen in Millionen Franken:

	1928			1933			Jan./Sept. 1934		
	Ein-fuhr	Aus-fuhr	Diffe-renz	Ein-fuhr	Aus-fuhr	Diffe-renz	Ein-fuhr	Aus-fuhr	Diffe-renz
Frankreich	490,8	156,6	— 334,2	243,7	142,3	— 101,4	166,9	90,3	— 76,6
Italien	199,9	140,6	— 59,3	133,8	80,1	— 53,7	87,2	49,9	— 37,3
Belgien	94,3	42,9	— 51,4	63,5	25,0	— 38,5	37,0	17,0	— 20,0
Holland	53,4	54,1	+ 0,7	45,1	31,5	— 13,6	27,4	19,5	— 7,9
Polen	22,9	48,8	+ 25,9	15,6	14,0	— 1,6	10,9	9,3	— 1,6
Total	861,3	443,0	— 418,3	501,7	292,9	— 208,8	329,4	186,0	— 143,4

In Prozent der gesamtene Ein- und Ausfuhr der Schweiz betrug der Handel der Schweiz mit den andern Goldblockstaaten:

	Einfuhr	Ausfuhr
1928	31,4	20,7
1932	31,7	33,8
1933	31,5	34,3
1934 (Januar/September) .	31,2	30,5

Auf Grund dieser Zahlen kann festgestellt werden, dass der Anteil des Warenaustausches mit den Goldwährungsländern am Gesamthandel der Schweiz ungefähr ein Drittel beträgt. Währenddem die Einfuhr ziemlich stabil blieb, hat sich, was für unser Land besonders wichtig ist, die Ausfuhr nach den Goldblockländern in der Krise wesentlich gesteigert. Das ist nicht verwunderlich, denn diese Länder verfügen, in Gold gemessen, über eine höhere Kaufkraft als die Länder mit entwerteter Währung. Das Jahr 1934 scheint allerdings einen Rückschlag zu bringen.

Trotz diesen günstigen Zahlen wird sich die Schweiz nicht vorbehaltlos dem Goldblock anschliessen können. Das übrige Absatzgebiet der Schweiz nimmt immerhin noch 65 bis 70 Prozent unserer gesamten Ausfuhr auf. Die Schweiz könnte sich also nicht leisten, wichtige andere Kunden des Goldblocks zuliebe vor den Kopf zu stossen.

Nun ist heute schon zu bemerken, dass die Goldblockpolitik in den übrigen Ländern mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt wird, namentlich in Deutschland und in den Staaten des sogenannten Sterlingsblocks, d. h. in jenen Ländern, deren Währung weitgehend an den Kurs des englischen Pfundes angeglichen wird.

Ein paar Zahlen über den schweizerischen Aussenhandel mit den Ländern des Sterlingsblocks zeigen, dass auch diese Gruppe von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist für unser Land:

	1928			1933			Jan./Sept. 1934		
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Diffe- renz	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Diffe- renz	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Diffe- renz
Grossbritannien .	226,4	306,0	+ 79,6	90,7	87,6	— 3,1	68,8	62,7	— 6,1
Irland	2,2	1,9	— 0,3	1,7	1,1	— 0,6	1,2	0,8	— 0,4
Dänemark	24,7	17,3	— 7,4	6,8	9,6	+ 2,8	6,6	6,8	+ 0,2
Norwegen	2,6	11,1	+ 8,5	4,0	4,2	+ 0,2	5,1	3,2	— 1,9
Schweden	11,3	27,7	+ 16,4	9,8	13,0	+ 3,2	9,3	9,4	+ 0,1
Britisch-Südafrika	6,0	14,7	+ 8,7	1,7	5,6	+ 3,9	—	—	—
Britisch-Indien .	35,2	40,8	+ 5,6	16,7	11,9	— 4,8	10,9	9,0	— 1,9
Straits Settlements	6,6	18,5	+ 11,9	1,6	1,6	—	1,3	1,2	— 0,1
Total	315,0	438,0	+ 123,0	133,0	134,6	+ 1,6	103,2	93,1	— 10,1

Der Anteil des Aussenhandels mit den erwähnten Ländern an der gesamten Ein- und Ausfuhr der Schweiz betrug in Prozent:

	Einfuhr	Ausfuhr
1928	11,5	20,5
1932	6,9	16,8
1933	8,3	15,9
1934 (Januar/September) .	9,7	15,2

Prozentual fällt dieser Handel weniger stark ins Gewicht als der Austausch mit den Goldblockländern. Jedoch ist die Handelsbilanz der Schweiz mit den Ländern des Sterlingblocks nahezu im Gleichgewicht. Bis zum Jahre 1934 hat sich sogar ein Ausfuhrüberschuss zugunsten der Schweiz ergeben. Erst im laufenden Jahr hat sich ein kleiner Einfuhrüberschuss ergeben, namentlich im Handel mit Grossbritannien. Das kann jedoch eine vorübergehende Erscheinung sein, die im Zusammenhang steht mit der weitem Pfundabwertung vom letzten Frühjahr. Jedenfalls zeigen diese Zahlen, dass die Schweiz eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen mit Grossbritannien, den britischen Kolonien und namentlich auch mit den skandinavischen Staaten nicht riskieren darf.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich unseres Erachtens klar der gangbare Weg für die schweizerische Handelspolitik: Die Schweiz wird jede Gelegenheit ergreifen müssen, um die Wirtschaftsbeziehungen (natürlich nicht nur den Warenaustausch, sondern auch den Personen- und Kapitalverkehr) mit dem Ausland intensiver und günstiger zu gestalten. Es kommen jedoch aus den erwähnten Gründen keine Gruppenvereinbarungen in Frage, sondern nur Verhandlungen mit jedem einzelnen Land. Nur auf diesem Wege ist es möglich, gegen eigene Zugeständnisse auch eine entsprechende Vorzugsbehandlung seitens des Vertragspartners zu erzielen. Gegen diese Politik kann kein anderes Land etwas einwenden, denn es kann sich dieselben Zugeständnisse ja auch erwerben durch wirtschaftspolitisches Entgegenkommen von seiner Seite. Freilich dürfte sie vorläufig nur zur Anwendung kommen bei der Festsetzung der Einfuhrkontingente. Eine Vorzugsbehandlung hinsichtlich der Zölle ist heikler, weil sofort das Problem der Meistbegünstigung zur Diskussion gestellt wird. Solange das

Prinzip der Meistbegünstigung aufrechterhalten bleibt, wird mit Zugeständnissen auf den Zollpositionen höchst vorsichtig operiert werden.

Aus einer Erklärung, die Minister Stucki abgegeben hat in Brüssel über die künftige handelspolitische Orientierung der Schweiz schliessen wir, dass tatsächlich nach dieser Richtung gearbeitet wird. Es sollen nämlich unverzüglich Verhandlungen mit Frankreich und mit Belgien in Angriff genommen werden. Daneben ist dringend zu wünschen, dass auch die schon längst in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Grossbritannien gefördert und zu einem greifbaren Ergebnis gebracht werden. Denn wir sind überzeugt, dass mit der Festigung der Wirtschaftslage in England und den übrigen Ländern des Sterlingblocks die ~~Aufnahmefähig-~~ ~~keits~~ dieser Staaten für schweizerische Exportwaren ~~wachsen~~ wird, wenn auch die Pfundabwertung grössere Kostendifferenzen geschaffen hat.

Noch ein anderes Problem muss berührt werden bei einer Diskussion der Goldblockpolitik. Es ist zwar jetzt im Zusammenhang mit der Brüsseler Konferenz wenig oder fast gar nicht die Rede davon gewesen. Allein die Frage ist deswegen nicht weniger aktuell: das Problem der Preis- und Lohnpolitik. Es herrscht in den massgebenden Regierungskreisen des Goldblocks die Meinung vor, das Festhalten an der Goldwährung müsse begleitet sein von einer möglichst weitgehenden Anpassung der Produktionskosten an die der übrigen Länder durch Preis- und Lohnsenkung (Deflationspolitik). Wenn der Goldblock etwa auch auf dieses Gebiet seine Tätigkeit ausdehnen wollte, dann würde er unseres Erachtens zum Unheilsblock, und die arbeitenden Massen aller betroffenen Länder müssten den schärfsten Kampf dagegen aufnehmen. Wir hoffen jedoch, dass er sich nicht auf derartige wirtschafts- und sozialpolitische Spekulationen einlassen, sondern seiner im Protokoll festgelegten Idee treu bleiben wird.

Wir kommen somit zum Schluss, dass die Bestrebungen der Brüsseler Konferenz, die darauf hinauslaufen, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern, zu begrüessen sind und zwar vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus wie von dem der gesamten schweizerischen Interessen. Dabei ist der Vorbehalt selbstverständlich, dass der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern dem Waren- und Personenverkehr mit den übrigen Staaten kein Eintrag tun darf. Der Goldblock darf aber unter keinen Umständen missbraucht werden zur Unterstützung der Deflationspolitik, sonst würde er auf den erbitterten Widerstand der Arbeiterbewegung und wohl auch der Landwirtschaft stossen, und dann wäre er bald zum Scheitern verurteilt.